

Verdingkinder Wie der Schriftsteller Arthur Honegger sein Jugendtrauma überwunden hat

Gegen das Unrecht anschreiben

Seine Jugend verbrachte Arthur Honegger als Verding- und Anstaltsbub – ein denkbar schlechter Start ins Leben. Doch er hat seinen Weg gemacht und ist mit 84 Jahren ein bekannter Schriftsteller.

Andrea Kucera

Vor lauter Schmerzen fängt Arthur an zu heulen wie ein Hund. Er hat sich während der Stallarbeit den Fuss entzündet, war aber nur verhöhnt worden, als er über die stechenden Schmerzen klagte. Statt ihn zum Sanitäter zu schicken, wird der Junge von zwei Aufsehern verprügelt und mitten im Winter in eine dunkle, ungeheizte Zelle gesteckt. Da ist er nun und zerschlägt vor lauter Wut und Verzweiflung die ganze Einrichtung. Dazwischen heult er vor Schmerz. Erst gegen Morgen, als er mit seinem Geschrei die ganze Anstalt aufgeweckt hat, bekommt er endlich ärztliche Behandlung. Sein Fuss hat sich inzwischen gelb und schwarz verfärbt.

Die beiden Aufseher, die Honegger fast an einer Blutvergiftung hätten sterben lassen, geben anschliessend vor, er hätte nichts von dem entzündeten Fuss gesagt. Sie warnen ihn: «Erzähl ja keine andere Geschichte. Kein Mensch wird dir glauben, dass du ein verdammt Lügner bist.»

Vom Verding- zum Anstaltsbuben

30 Jahre später schreibt Arthur Honegger doch die «andere Geschichte», die wahre Geschichte des Verding- und Anstaltsbuben Arthur. Sein Roman «Die Fertigmacher» zeichnet die Stationen seiner traurigen Jugend nach. Die Szene mit der unbehandelten Blutvergiftung bildet dabei nur den Höhepunkt einer Reihe von Erniedrigungen, denen er jahrelang ausgesetzt war: Honegger,



Arthur Honegger zu Besuch in seinem alten Schulhaus, dem Schulhaus Bogenacker in Tann, wo er vor über 70 Jahren zur Schule gegangen ist: «Die Steintreppe ist noch immer die gleiche, sonst ist alles anders», findet er. (Andrea Kucera)

1924 als uneheliches Kind einer minderjährigen Mutter geboren, wird von den Behörden als Einjähriger bei einer Pflegefamilie in Tann bei Dürnten im Zürcher Oberland platziert. Bis er 13 Jahre alt ist, wächst er einigermaßen normal auf. Dann beginnt sich die Abwärtsspirale zu drehen: Ein harmloser Lausbubenstreich wird ihm als schwerwiegendes Delikt ausgelegt. Honegger kommt zuerst in eine psychiatrische Beobachtungsstation, später ins Pestalozzi-Heim für schwer erziehbare Kinder in Schlieren, wo die Jungen von den Erziehern misshandelt werden.

Es folgen eineinhalb Jahre als Verdingbub bei einem Bauern in Schlieren,

der Honegger regelmässig schlägt und ihm kaum zu essen gibt. Am schlimmsten sind für den Jugendlichen nicht einmal die körperlichen Peinigungen, sondern dass niemand mit ihm spricht. Er wird wie Luft behandelt. Zweimal ist er während dieser Zeit nahe daran, sich umzubringen. Danach wird Honegger in die Arbeitserziehungsanstalt in Uetikon-Waldegg eingewiesen – die letzte Instanz vor dem Zuchthaus. Der Junge verbringt drei Jahre in der Anstalt, in der Korruption, Gewalt und Willkür herrschen, bevor er mit 20 Jahren entlassen wird – und vor dem Nichts steht.

Gespür für soziale Missstände

Heute, als 84-Jähriger, hat Arthur Honegger seinen Weg gemacht. Als «Blick»-Redaktor, Kolumnist und Schriftsteller ist er landesweit bekannt geworden. Dass es zu dieser glücklichen Wendung in seinem Leben kam, dafür hat insbesondere die Publikation der «Fertigmacher» gesorgt. Seit dessen Erscheinen im Jahr 1974, erzählt Honegger bei einem Spaziergang durch sein Heimatdorf Tann, sei er regelrecht durchgestartet: 23 Bücher hat er inzwischen geschrieben, sein nächstes soll im Herbst veröffentlicht werden. 2004 kam seine Lebensgeschichte unter dem Titel «Turi – ein Film über Arthur Honegger» sogar in die Schweizer Kinos.

Das Schreiben, das ihm schon zu Jugendzeiten Zuflucht bot, wurde innerhalb der letzten Jahrzehnte immer mehr zu seiner Lebensaufgabe. Honeggers Sensibilität in Bezug auf soziale Missstände und Ungerechtigkeiten ist dabei zu seinem Markenzeichen geworden. Wieder und wieder legte er den Finger auf wunde Stellen in der Schweizer Gesellschaft, wobei er sich wiederholt Feinde machte. Besonders heftig fielen die Reaktionen auf «Die Fertigmacher» aus. Denn Honegger hat darin einen As-

pekt der Schweizer Geschichte zur Sprache gebracht, der vorher tabuisiert worden war: die Missstände bei der Fremdplatzierung von Kindern.

Dunkles Kapitel Sozialgeschichte

Denn Honeggers Geschichte ist kein Einzelschicksal. Bis in die 1950er Jahre wurden in der Schweiz sehr viele Kinder verdingt und in Anstalten gesteckt, wo sie schwere körperliche und seelische Misshandlungen erleben mussten. Ausgangspunkt für eine Fremdplatzierung war oft wie bei Honegger die uneheliche Geburt – für die Behörden Anlass genug, das Kind unter amtliche Vormundschaft zu stellen. Weitere Gründe für das Weggeben eines Kindes waren Minderjährigkeit, Armut oder die Scheidung der Eltern. Die betroffenen Kinder kamen in Heimen oder bei Bauernfamilien unter, wo sie für wenig Essen den ganzen Tag lang schufteten mussten. Oftmals durften sie nicht einmal mit der Familie am gleichen Tisch sitzen, sondern mussten ihre Mahlzeiten allein einnehmen. Das Gefühl des Ausgeliefertseins begleitete sie während der gesamten Kindheit und Jugend. Für viele Betroffene bildete die Aussicht auf die Volljährigkeit und damit das Ende der Bevormundung den einzigen Hoffnungsschimmer.

Doch mit der Entlassung aus der Vormundschaft war es nicht getan, wie eine kürzlich eröffnete Wanderausstellung in Bern zeigt (siehe Kasten): Der Weg in die Normalität war für viele ehemalige Verdingkinder ein beschwerlicher. Längst nicht alle haben ihre traumatischen Erinnerungen dabei so gut überwunden wie Arthur Honegger – zu schwer wogen die Schatten der Vergangenheit. Auch er hat lange gebraucht, bis er über sein Schicksal als Verding- und Anstaltsbub sagen konnte: «Ich trage es zwar ständig mit mir, aber ich trage nicht schwer daran.»

Arbeitszwang statt Zuneigung

Unter dem Begriff des Verdingkinderwesens versteht man die Fremdplatzierung eines Kindes, das gegen Kost und Logis arbeitet. Es entwickelte sich vor dem Hintergrund der grassierenden Armut in der Schweiz im 19. Jahrhundert und hatte bis in die 1950er Jahre hinein Bestand. Häufig kamen die Kinder bei Bauernfamilien unter, die sie als billige Arbeitskräfte missbrauchten. Allein im Kanton Bern, wo das Phänomen besonders verbreitet war, lebten 1910 rund 10 000 Verdingkinder. Parallel zum Verdingkinderwesen entwickelte sich auch das Heim- und Anstaltswesen, in dem der Staat oft eine fragwürdige Rolle spielte: Bei Gefahr von «Verwahrlosung» waren die Behörden ab 1912 befugt, den Eltern die Erziehungsgewalt zu entziehen. Als Grund für den staatlichen Eingriff diente oft allein schon der Umstand, dass eine Mutter alleinerziehend war.

Um die Geschichte der betroffenen Kinder und damit ein dunkles Kapitel Schweizer Geschichte vor der Vergessenheit zu bewahren, ist Ende März in Bern die zweisprachige Wanderausstellung «Enfances volées – Verdingkinder reden» eröffnet worden. Sie basiert auf über 300 Interviews mit ehemaligen Verdingkindern – die meisten sind heute über 80 Jahre alt – und tourt während der nächsten vier Jahre durch die Schweiz. Die erschütternden Zeitzeugenberichte bilden den Schwerpunkt der Ausstellung. Aufgrund ihrer eigenen schmerzlichen Erfahrungen äussern die Betroffenen auch ihre Wünsche in Bezug auf die heutige Praxis der Fremdplatzierung: dass die Interessen des Kindes und nicht die Finanzen in den Mittelpunkt gestellt werden. (aku)

«Verdingkinder reden». Bis 27.Juni im Käfigturm Bern. Am 5. Mai wird Arthur Honegger dort aus seinem Buch «Die Fertigmacher» vorlesen. Weitere Infos: www.verdingkinderreden.ch

Bankgeheimnis Gurria verteidigt Vorgehen

OECD: Schweiz soll handeln

Der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), Angel Gurría, ermahnt die Schweiz, sich nicht in einen Vergeltungskrieg mit der OECD zu verstricken. Die Schweiz solle jetzt vorwärts arbeiten, sagte Gurría in einem Interview mit der «Le Temps» vom Samstag. Gurría verteidigte das Vorgehen im Falle der Schweiz, die von der OECD auf eine graue Liste von Steuerparadiesen gesetzt wurde. Es sei nicht nur vorgängig informiert, sondern auch auf höchstem Niveau am Thema gearbeitet worden. Er habe die Schweiz mehrere Male auf die

Entwicklung der Situation hingewiesen. Nach dem Ministertreffen vom Oktober in Paris, an dem die Schweiz nicht teilnahm, habe er Bern empfohlen, «einen Schritt in Richtung des Informationsaustauschs zu machen», sagte Gurría.

Im Juni wird ein zweiter Steuergipfel in Berlin stattfinden – wohl erneut ohne Schweizer Beteiligung. Der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück wird die Schweiz nicht einladen, sagte Jeanette Schwamberger, Sprecherin des Bundesfinanzministeriums, am Samstag auf Anfrage. Dies, weil die Schweiz schon am Treffen in Paris nicht dabei war. (sda)

Pro Juventute Stellenabbau und neue Strukturen

Stiftung kämpft ums Überleben

Die Stiftung Pro Juventute kämpft um ihre Existenz. Die Organisation schreibt jährlich ein Defizit von rund fünf Millionen Franken. Einschneidende Massnahmen sollen die Situation verbessern.

«Die Situation der Pro Juventute ist sehr ernst», sagte Josef Felder, Stiftungsratspräsident, am Samstag vor den Medien in Zürich. Es gehe jetzt darum, das Überleben zu sichern. Das Defizit von Pro Juventute kumulierte sich in den vergangenen zwölf Jahren auf rund 56 Millionen Franken. Vor zwei Jahren verkaufte die Stiftung deshalb ihren Hauptsitz im Zürcher Seefeld. Vom Erlös sind

bis heute laut Felder rund 15 Millionen Franken übrig. «Wenn es wie bisher weitergeht, kann Pro Juventute noch drei Jahre überleben», sagte Felder.

Um die Kosten zu senken, werden unter anderem am Hauptsitz zwei Geschäftsbereiche zusammengelegt. Dadurch wird der Personalbestand bis 2011 von 70 auf 50 Vollzeitstellen reduziert. So sollen jährlich rund zwei Millionen Franken eingespart werden. Zur Gesundung sollen die Strukturen vereinfacht und gestrafft werden. Konkret heisst das, dass die heute 187 Bezirke im nächsten halben Jahr selbstständig werden. (sda)

Gesundheitskosten

Volk ist gegen Praxisgebühr

Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung lehnt eine Praxisgebühr ab.

In einer Isopublic-Umfrage sprachen sich 62 Prozent der Schweizer Bevölkerung dagegen aus, dem Arzt vor der ersten Behandlung einen Betrag von 30 Franken aus eigener Tasche zu bezahlen. Eine alte Idee der Linken hingegen erhält Aufschwung: 56 Prozent befürworten einkommensabhängige Prämien. Die im «SonntagsBlick» veröffentlichte Umfrage wurde am 16. und 17. April durchgeführt. Befragt wurden 601 in der Schweiz wohnhafte Personen. Die Fehlerquote liegt bei 4,1 Prozent.

«Kontraproduktive» Praxisgebühr

Auch bei den Parteien fällt die Praxisgebühr durch. «Es besteht die Gefahr, dass die Leute zu spät zum Arzt gehen», sagen sowohl CVP-Ständerat Urs Schwaller (FR) als auch FDP-Ständerätin Christine Egerszegi (AG) auf Anfrage. «Dies wäre kontraproduktiv», finden beide.

Die Praxisgebühr wird unter anderem Thema am morgigen Gesundheitsgipfel sein. Wegen der steigenden Kosten im Gesundheitswesen hat Bundesrat Pascal Couchepin Krankenkassen, Ärzte und Kantone zu einem Treffen eingeladen. Für 2010 werden Prämien erhöhungen von bis zu 14 Prozent erwartet. (sda)

Obwalden

Franz Enderli von der CSP in der Regierung

Im zweiten Wahlgang ist der christlichsoziale (CSP) Franz Enderli in die Obwaldner Regierung gewählt worden. Damit bleibt die Sitzverteilung in der Exekutive unverändert: je zwei CVP- und CSP-Vertreter sowie eine FDP-Frau.

Franz Enderli, der in der ersten Runde noch hinter Martha Bächler lag, erhielt 6100 Stimmen. Auf die von einem überparteilichen Komitee nominierte Martha Bächler von der CVP entfielen 4825 Stimmen. Enderli konnte damit den durch den Rücktritt von Hans Hofer frei gewordenen zweiten Regierungsratsitz der CSP erfolgreich verteidigen. Möglich geworden ist das unter anderem durch die Unterstützung der SP. Deren Kandidatin, Bernadette Halter Zeier, hatte sich nach dem ersten Wahlgang zurückgezogen.



Franz Enderli.

Für die 54-jährige Martha Bächler, Frau Talamann aus Engelberg, reichte es trotz Unterstützung der SVP nicht. Die hatte ursprünglich auch Anspruch auf den frei werdenden Sitz erhoben. Weil sie aber keinen Kandidaten fand, verhalf sie der Engelbergerin zur Nomination, um einen linken Regierungsrat (Enderli) zu verhindern. (sda)

In Kürze

SP büsst Mehrheit ein

Oltten. In der Oltner Stadtregierung hat die SP nach vier Jahren ihre Mehrheit eingebüsst. Beim zweiten Wahlgang am Sonntag verlor sie gleich zwei Sitze. Einen Sitz eroberte die FDP, und neu sind die Grünen in der Stadtregierung.

Nein zu Cassis-de-Dijon

Bern. Die Bundeshausfraktionen von SVP und Grünen wollen der Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips nicht zustimmen, wie sie am Wochenende mitteilten. Der Nationalrat behandelt die Vorlage voraussichtlich in der Sondersession von Ende April. (sda)